Im Zusammenhang mit der "Flüchtlingskrise" werden zwei Aspekte intensiv diskutiert: Wie steht es zum einen mit der internationalen Solidarität und was hat es zum anderen mit der "Fremdenfeindlichkeit" auf sich. Angesichts dieser Debatten ist es aufschlussreich, dass im Studierendensurvey im Kranz der politischen Ziele diese beiden Aspekte bereits seit 1992 kontinuierlich erhoben werden. Deshalb kann die studentische Haltung zu diesen wichtigen Themen, ihre Befürwortung oder Ablehnung, in ihrer Entwicklung nachgezeichnet werden.

53.4 Internationale Solidarität und Fremdenfeindlichkeit

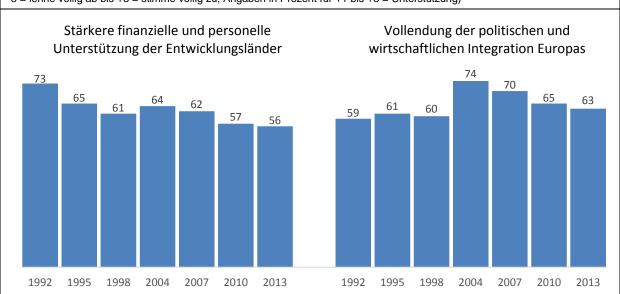
Vier politische Ziele zur Thematik von internationaler Solidarität und von Fremdenfeindlichkeit sind den Studierenden vorgelegt worden, verbunden mit der Frage, inwieweit sie diese unterstützen oder ablehnen. Die zwei auf die 'internationale Solidarität' bezogenen Aussagen lauten: (1) stärkere finanzielle und personelle Unterstützung der Entwicklungsländer und (2) Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas. Die beiden Aussagen zur 'Fremdenfeindlichkeit' lauten: (1) Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern und (2) Abwehr von kultureller Überfremdung.

Nachlassen der internationalen Solidarität

Die Haltung der Studierenden zu den politischen Zielen der internationalen Solidarität, d.h. der Unterstützung von Entwicklungsländern zum einen, der Vollendung der Integration Europas zum anderen, ist ernüchternd. Mit der internationalen Solidarität ist es bei ihnen nicht so weit her (vgl. Abbildung 1): Immer weniger von ihnen befürworten die Unterstützung finanzieller und personeller Art von Entwicklungsländern. Der Rückgang von 73% (1992) auf 56% (2013) ist erheblich - der geringste Wert in der gesamten Zeitreihe.



(Frage: Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab? Antwortskala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für +1 bis +3 = Unterstützung)



Quelle: Deutscher Studierendensurvey 1983 – 2013, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz. Erhebungen 1983 – 1990 nur Studierende in den alten Ländern, ab 1993 alte und neue Länder insgesamt.

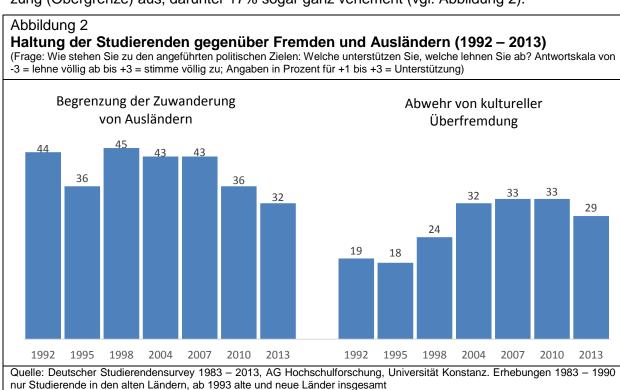
Nach einiger Zurückhaltung in den 90er Jahren, mit einer Zustimmungsquote von etwa 60%, erfuhr die Europäische Integration 2004 einen starken Aufschwung, als fast drei Viertel der Studierenden dafür eintraten (74%). Aber seitdem ist die Unterstützung der europäischen Integration in Wirtschaft und Politik rückläufig: Zuletzt 2013 bejahen sie nur noch 63% aller Studierenden. Skepsis und Vorbehalte gegenüber "Europa" sind wieder verbreiteter, allerdings erreicht die Zustimmung weiterhin eine deutliche Mehrheit unter den Studierenden.

Haltung gegenüber Fremden und Ausländern

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen bei der Flüchtlingsthematik verdienen die Stellungnahmen der Studierenden zu jenen beiden Aussagen, die Fremdenphobie indizieren sollen, besondere Aufmerksamkeit. Es handelt sich um parolenhafte Aussagen, wie sie in Parteiprogrammen oder auf Demonstrationen Verwendung finden:

- zum einen die 'Abwehr von kultureller Überfremdung', wie sie etwa in dem Buch von T. Sarrazin 'Deutschland schafft sich ab' (2010) beschworen wurde;
- zum anderen die "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern", wie sie vor allem der Bayerische Ministerpräsident H. Seehofer immer wieder gefordert hat.

Nicht wenige Studierenden haben in den Erhebungen seit 1992 jeweils für eine Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern votiert, wobei der Grad der Zustimmung stärker zwischen einem Drittel und annähernd die Hälfte schwankt - und in den letzten beiden Erhebung deutlich zurückgegangen ist. Aber auch 2013 sprechen sich 32% aller Studierenden für eine Begrenzung (Obergrenze) aus, darunter 17% sogar ganz vehement (vgl. Abbildung 2).



Die "Abwehr kultureller Überfremdung" kennzeichnet eine Haltung der Ablehnung gegenüber "Fremden" mit gewissen Zügen der "Fremdenfeindlichkeit". Sie findet zwar in der Studierendenschaft weniger Zustimmung, hat sich aber gegenüber den 90er Jahren im neuen Jahrtausend deutlich erhöht, und zwar auf fast durchweg ein Drittel Befürworter, darunter 14% bis 17% ganz entschieden. Der Anteil von 29% Zustimmung im Jahr 2013 stellt zwar gegenüber 2010 einen gewissen Rückgang dar, der Umfang bleibt dennoch deutlich höher als in den 90er Jahren, als 1992 und 1995 weniger als ein Fünftel der befragten Studierenden eine solche Haltung der Überfremdungsangst zeigten (19% bzw. 18%).

Große Unterschiede zwischen Studierenden verschiedener Fachrichtungen

Die Annahme, für die Unterschiede bei der Stellungnahme zu den politischen Zielen könne die Fächerstruktur an den beiden Hochschularten, Universitäten und Fachhochschulen, maßgebend sein, verlangt eine Prüfung anhand der Fachzugehörigkeit der Studierenden; sie wird für die Erhebung im WS 2012/13 vorgenommen.

Offenbar liegt eine doppelte Wirksamkeit vor: zum einen nach der Fachzugehörigkeit, zum anderen nach dem Klientel an der jeweiligen Hochschulart. So sind an beiden Hochschularten

in den Fachrichtungen der Wirtschafts- und der Ingenieurwissenschaften vergleichsweise am meisten Studierende eingeschrieben, die eine Begrenzung der Ausländerzahl und der Abwehr von Überfremdung befürworten, allerdings ist deren Anteil in diesen beiden Fachrichtungen an den Fachhochschulen noch einmal deutlich höher. Auch in den anderen Fachrichtungen übersteigt in der Regel der Anteil an Zustimmung an den Fachhochschulen den an den Universitäten (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Unterschiede zwischen Studierenden gleicher Fachrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen bei der Zustimmung zu den politischen Zielen (2013)

(Frage: Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehne Sie ab? Antwortskala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für +1 bis +3 = Unterstützung)

-3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme vö	llig zu; Angaben	in Prozent für +1 bis	+3 = Unterstützung)	
	Ziel: Begren	zung der Zuwar	nderung von Ausländ	dern
Fachrichtungen an	Insgesamt	Universitäten	Fachhochschulen	Differenz FH-Uni
Kultur-/Sprachwissenschaften	22	21	64	+ 43
Sozial-/Politikwiss./Sozialarbe	eit 25	25	24	- 1
Rechtswissenschaft	33	33	38	+ 5
Wirtschaftswissenschaften	43	40	47	+ 7
Medizin	30	29	35	+ 6
Naturwissenschaften	29	29	40	+ 5
Ingenieurwissenschaften	40	35	48	+ 13
Insgesamt	32	29	39	+ 10
	Ziel: Abweh	r kultureller Übe	erfremdung	
Fachrichtungen an	Insgesamt	Universitäten	Fachhochschulen	Differenz FH - Uni
Kultur-/Sprachwissenschaften	22	22	43	+ 21
Sozial-/Politikwiss./Sozailarbe	it 19	17	24	+ 7
Rechtswissenschaft	33	33	31	- 2
Wirtschaftswissenschaften	38	33	45	+ 12
Medizin, Gesundheitswiss.	27	26	41	+ 15
Naturwissenschaften	27	26	43	+ 17
Ingenieurwissenschaften	37	31	47	+ 18
Insgesamt	29	26	36	+ 10

Quelle: Deutscher Studierendensurvey 1983 – 2013, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz. Erhebungen 1983 – 1990 nur Studierende in den alten Ländern, ab 1993 alte und neue Länder insgesamt.

Aufschlussreich erscheint im Fächervergleich ebenfalls, dass an den Universitäten in den Rechtswissenschaften bei beiden Aussagen die Zustimmung mit jeweils einem Drittel recht hoch ausfällt. Dagegen fällt in den Kulturwissenschaften wie in den Sozialwissenschaften die Zustimmung weit geringer aus und liegt jeweils zwischen 19% und 25%, d.h. zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Studierenden dieser Fachrichtungen.

Bilanz und Erwartung

Anhand der Daten ist zu bilanzieren: Es sind nicht wenige Studierende, die jeweils die Begrenzung wie Abwehr des "Fremden" befürworten. Offenbar sind Studierende nicht automatisch international, solidarisch, offen und tolerant gesonnen. In den Erhebungen ist es jeweils etwa ein Drittel der befragten Studierenden (zwischen 29% und 36%), die mehr oder weniger entschieden den Zielen einer Ausländerbegrenzung oder Abwehr des Fremden zustimmen.

Allerdings kann sich die Zustimmung wie die Ablehnung über die Zeit nicht unerheblich verändern. Die Bejahung solcher Parolen über Ausländer und fremde Kulturen kann stark zunehmen, sie kann dann aber auch wieder stark zurückgehen. Im Fall der Zuwanderungsbegrenzung war zwischen 1995 und 1998 ein starker Anstieg von 36% auf 45% zu verzeichnen, dem zwischen 2007 und 2010 ein deutlicher Rückgang von 43% auf 36% folgte, um dann 2013

weiter auf 32% zu fallen. Das Thema der Obergrenze für die Zuwanderung von Ausländern hatte sich zu dieser Zeit zwischen 2010 und 2013 offensichtlich weitgehend beruhigt, zumindest in der Studentenschaft.

Die Studierenden verstehen ihre Zustimmung zur Begrenzung der Zuwanderung und der Abwehr des Fremden nicht unmittelbar oder durchweg als "rechts". Denn weit mehr Studierende sprechen sich, zum Teil auch entschieden, für die Abwehr und die Begrenzung des "Fremden" aus, ohne sich deshalb insgesamt als "rechts" einzuordnen. Ein Muster des Auseinanderhaltens von einzelnen Stellungnahmen und grundsätzlicher Standortbestimmung, das in vielen Stellungnahmen entschuldigend und entlastend angeführt wird.

Bei dieser Thematik von Solidarität und Integration, von Ausländerangst und Fremdenfeindlichkeit ist es besonders aufschlussreich, welche Befunde der aktuelle 13. Studierendensurvey vom WS 2015/16, der sich gegenwärtig in der Datenaufbereitung befindet, erbringen wird.

Tino Bargel

Quelle: AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, Studierendensurvey, News 53.4/06.16